



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Schlepperei im Mittelmeer beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt

1. die fortgesetzte Beihilfe zur Schlepperei im Mittelmeer durch kirchliche und andere deutsche Nichtregierungsorganisationen sowie
2. die irreleitende Botschaft, die durch Selbsterklärung von Kommunen zu sog. „sicheren Häfen“ zum menschlichen Leid auf den Migrationsrouten beiträgt.

Begründung:

Zahlreiche Migrationsrouten führen über die Küste Nordafrikas nach Europa. Die Überfahrt über das Mittelmeer wird dabei zumeist von kriminellen Schleppern organisiert, welche die Migranten in nicht oder nicht ausreichend seefähigen Booten auf die offene See schicken, wo sie regelmäßig von Schiffen von Nichtregierungsorganisationen aufgegriffen und in europäische Häfen verbracht werden.

Die griechischen Strafverfolgungsbehörden werfen unter anderen den Organisationen Sea Watch, Mare Liberum sowie der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration die Bildung einer kriminellen Vereinigung vor, welche dann die Schleusung einer „großen Anzahl“ von Flüchtlingen in 32 Fällen gefördert haben soll. 26 der 35 Beschuldigten sind deutsche Staatsangehörige. Die Verfahren basieren erstmals auf mehrjährigen Nachforschungen und Auswertungen.

Es habe demnach eine enge Kooperation der NGOs mit den Schlepperbanden gegeben. Übergaben von Migranten an die Schlepper wurden vorab vereinbart. Zum Teil riefen die libyschen Schlepper direkt das Satellitentelefon auf den Brücken der privaten ‚Seenotretter‘ an. Hierzu passt, dass immer weniger Seenotrufe von den offiziellen Rettungs-Leitstellen empfangen werden, dagegen aber die Zahl der Rettungsaktionen ohne vorherige Notrufe direkt über private Organisationen zunimmt.

Die Organisationen fördern damit die Schlepperei im Mittelmeer. Neben anderen beteiligt sich mittlerweile auch die evangelische Kirche an der Beihilfe zur Schlepperei. Offen zutage trat dies im Zuge der Versteigerung der ehemals landeseigenen Poseidon an ein Bündnis, das von der evangelischen Kirche und der Organisation Sea Watch gebildet wurde.

Die Fortsetzung der Bemühungen zur Normalisierung der Schlepperei und der ungesteuerten Einwanderung nach Deutschland findet sich bundesweit in der Selbstdeklaration von Kommunen und Kreisen zu sog. „sicheren Häfen“. Auch in Schleswig-Holstein sind 19 Kommunen und drei Kreise diesen Schritt gegangen. Von diesen lokalen Beschlüssen mit reinem Resolutionscharakter geht in einer vernetzten Welt gleichwohl ein fatales Signal aus, dass Migration nach Deutschland und Europa gewollt sei und ermöglicht werde. Die daraus entstehende Sogwirkung verstärkt das menschliche Leid auf den Migrationsrouten und führt schlussendlich zu gefährlichen Situationen und Todesopfern insbesondere auf dem Mittelmeer.

Claus Schaffer und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD